

CONV 410/02**CONTRIB 145**

des Sekretariats
für den Konvent

<u>Betr.:</u>	Beitrag des Mitglieds des Konvents Herrn Erwin Teufel mit dem Titel: "Leitlinien für die Ordnung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten im künftigen Verfassungsvertrag"
---------------	---

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag des Mitglieds des Konvent Herrn Erwin Teufel erhalten.

CONV 410/02

Leitlinien für die Ordnung der Kompetenzen zwischen der Europäischen
Union und den Mitgliedstaaten im künftigen Verfassungsvertrag

Inhalt

Vorbemerkung

A. Die Kompetenzordnung im künftigen Verfassungsvertrag

B. Die Regelung der Kompetenzordnung

I. Grundprinzipien der Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten

1. Prinzip der begrenzten Einzelzuständigkeit der Europäischen Union
2. Vorrang des Unionsrechts
3. Präzisierung der Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten
4. Beiderseitigkeit der Unionstreue

II. Die der Union übertragenen Kompetenzen

1. Aufnahme der „Aufgaben und Tätigkeiten“ der Union in den Verfassungsvertrag ?
2. Die drei Kompetenzarten der Union
 - a) Ausschließliche Unionskompetenzen
 - b) Geteilte Kompetenzen
 - c) Ergänzende Kompetenzen
3. Ort der Handlungsinstrumente der Union innerhalb des Verfassungsvertrages ?

III. Die Prinzipien der Kompetenzausübung

1. Subsidiarität
2. Proportionalität
3. Regelung des Verhältnisses zwischen „funktionalen“ und „sektoriellen“ Kompetenzen - Querschnittsklauseln
4. Beachtung einer Hierarchie bei unterschiedlich intensivem Vorgehen der Union

IV. Politische und gerichtliche Kompetenzkontrolle

V. „Arrondierung“ vorhandener Unionskompetenzen und Rücknahme von Kompetenzausübungen

C. Durchführung des Unionsrechts

Abschlussbemerkung

Vorbemerkung

Die nachfolgenden Überlegungen gehen vom Auftrag des Konvents gemäß der **Erklärung von Nizza** zur Zukunft der Union (Ziff. 5) vom 26. Februar 2001 und der **Laeken-Erklärung** des Europäischen Rates (II.) vom 15. Dezember 2001 zur Abgrenzung der Zuständigkeiten aus. Dabei wurden - neben weiteren Texten - der **Lamassoure-Bericht** des Europäischen Parlamentes vom 16. Mai 2002, die **Mitteilung der Kommission** „Ein Projekt für die Europäische Union“ vom 22. Mai 2002 und die bisherigen **Ergebnisse der Arbeitsgruppen „Subsidiarität“ und „Ergänzende Kompetenzen“** des Konvents in die Überlegungen einbezogen, sowie das Diskussionspapier **„Constitution of the European Union“** der EVP-Gruppe im Konvent vom 10. September 2002 und das **Arbeitsdokument des Konventssekretariats** „Vereinfachung der Verträge und Ausarbeitung eines Verfassungsvertrages“, das als Dokument CONV 250/02 vom 10. September 2002 übermittelt wurde. Sie berücksichtigen die Beschlüsse **des deutschen Bundesrates** zur Kompetenzabgrenzung vom 20. Dezember 2001 (insbesondere A II-IV) sowie vom 12. Juli 2002 (insbesondere A IV, VI). Beide Beschlüsse wurden dem Generalsekretär des Konvents übermittelt.

Auf der Grundlage dieser verschiedenen Dokumente erscheinen die folgenden **„Leitlinien“** für eine künftige Ordnung der Kompetenzen zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten empfehlenswert. Die Leitlinien behandeln lediglich einige grundsätzlich wichtige Punkte in allgemeiner Form. Sie bedürfen bei den weiteren Beratungen der Präzisierung und Ergänzung.

A. Die Kompetenzordnung im künftigen Verfassungsvertrag

Angesichts der Bedeutung, welche die Nizza-Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union und die Laeken-Erklärung einer guten Regelung der Kompetenzordnung der künftigen Union beimessen, erscheint es geboten, dass die Regelung der Zuständigkeiten zwischen Union und Mitgliedstaaten in einem **eigenen Titel des Verfassungsvertrages** vorgenommen wird. Nach oftmals vertretener Auffassung soll die vertragliche Regelung für die künftige Union aus **zwei Teilen** bestehen, entweder aus einem einzigen Vertrag mit einem **„Verfassungsteil“** und **anschließenden Protokollen** (so das Konzept des Entwurfs der EVP-Gruppe) oder aus zwei Verträgen (**Verfassungsvertrag und Zweitvertrag**). Auf jeden Fall sollten alle wesentlichen Punkte der Kompetenzordnung in den **eigentlichen Verfassungsvertrag** („Grundlagenvertrag“) aufgenommen werden, da es sich um zentrale Elemente des Aufbaues der Union handelt.

Aus denselben Gründen sollten künftige Änderungen der Kompetenzordnung der **Zustimmung der Mitgliedstaaten** gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften bedürfen.

Die Regelung der Kompetenzordnung sollte in einer klaren, allgemein verständlichen Sprache abgefasst werden, um Streitigkeiten in der Zukunft so weit als möglich auszuschließen.

B. Die Regelung der Kompetenzordnung

Folgende Grundstrukturen sollten in der Regelung der Kompetenzordnung des Verfassungsvertrages Berücksichtigung finden:

I. Grundprinzipien der Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten

1. Prinzip der begrenzten Einzelzuständigkeit der Europäischen Union

Der Grundsatz, dass die Union nur über diejenigen Zuständigkeiten verfügt, die ihr im Verträge verliehen worden sind, gilt bereits heute (Art. 5 EU-Vertrag, Art. 5 Abs. 1 EG-Vertrag) und ist auch die Auffassung des Konvents. Das Prinzip der begrenzten Einzelzuständigkeit sollte im Verfassungsvertrag in einer unzweideutigen Form formuliert werden, die sicherstellt, dass alle Kompetenzen bei den Mitgliedstaaten verblieben sind, die der Union nicht vertraglich übertragen wurden.

2. Vorrang des Unionsrechts

Der allgemein anerkannte Anwendungsvorrang ordnungsgemäß ergangenen Unionsrechts gegenüber dem Recht der Mitgliedstaaten sollte im Verfassungsvertrag festgehalten werden.

3. Präzisierung der Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten

Gemäß Art. 6 Abs. 3 EU-Vertrag achtet die Union die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten. Von vielen Seiten wird der Wunsch geäußert, durch eine Ergänzung dieser Regelung den Kernbestand der „nationalen Identität“ zu umreißen, um die Position der Mitgliedstaaten innerhalb der Union klarzustellen. In der Arbeitsgruppe „Ergänzende Zuständigkeiten“ ist hierfür die begrüßenswerte „Christophersen-Klausel“ entwickelt worden: „Die Union achtet die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten, ihre verfassungsmäßigen und politischen Strukturen, einschließlich der regionalen und kommunalen Selbstorganisation sowie den Status der Kirchen und Religionsgemeinschaften“.

4. Beiderseitigkeit der Unionstreue

Art. 10 EG-Vertrag enthält bereits heute die Loyalitätspflichten der Mitgliedstaaten gegenüber der Gemeinschaft („Gemeinschaftstreue“). Da auch die Union ihren Mitgliedstaaten eine loyale Ausübung ihrer Befugnisse schuldet, erscheint es angebracht, die Beiderseitigkeit der Loyalitätspflichten im Verfassungsvertrag in geeigneter Form zum Ausdruck zu bringen.

II. Die der Union übertragenen Kompetenzen

1. Aufnahme der „Aufgaben und Tätigkeiten“ der Union in den Verfassungsvertrag ?

Heute enthalten Art. 2 bis 4 EG-Vertrag eine wortreiche Formulierung der Aufgaben und Tätigkeiten der Gemeinschaft. Hieran hat sich in der Vergangenheit oft Streit über die Frage entzündet, ob die Gemeinschaft aus diesen allgemeinen Zielbestimmungen Zuständigkeiten zum Handeln ableiten darf, etwa in Verbindung mit Art. 308 EG-Vertrag.

Für den Verfassungsvertrag stellt sich die Frage, ob es solcher allgemeinen Zielformulierungen wie in Art. 2 bis 4 EG-Vertrag bedarf. Je besser die Definition der Kompetenzen gelingt, welche der Union übertragen werden (dazu unten Ziff. 2), desto entbehrlicher wird daneben ein „Aufgabenkatalog“, denn die Union kann gemäß dem Prinzip der begrenzten Einzelzuständigkeit nur im Rahmen der ihr verliehenen Zuständigkeiten handeln. Es sprechen gewichtige Gründe für den Verzicht auf eine solche Aufzählung.

Im Konvent gehen die Meinungen hierüber auseinander. Wenn man sich für die Aufnahme eines „Aufgabenkataloges“ in den Verfassungsvertrag entscheidet, sollte klar zum Ausdruck gebracht werden, dass es sich dabei um eine politische Erklärung und nicht um eine juristische Kompetenzbegründung handelt. Sinn einer solchen Erklärung könnte sein, dem Unionsbürger in einer gut verständlichen Weise zu verdeutlichen, was der wesentliche Inhalt der nachfolgend näher definierten Unionszuständigkeiten ist. Die Art. 60 ff. des EVP-Verfassungsentwurfs enthalten hierfür bedenkenswerte Formulierungen.

Ebenso müsste klar zum Ausdruck kommen, dass sich aus dem „Aufgabenkatalog“ keine zusätzlichen Unionskompetenzen ableiten lassen, auch nicht unter Inanspruchnahme eines revidierten „Artikel 308“ (unten V.).

2. Die drei Kompetenzarten der Union

Unter den verschiedenen Überlegungen, die Arten der Unionskompetenzen zu benennen, steht im Vordergrund der Vorschlag, zwischen ausschließlichen und geteilten Unionszuständigkeiten zu unterscheiden. Als dritte Kategorie wird von ergänzenden Kompetenzen gesprochen. Hierbei handelt es sich jedoch um Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten, in deren Bereich die Union nach Maßgabe des Vertrages unterstützend tätig wird, beispielsweise durch finanzielle Förderung.

In den Verfassungsvertrag sollten möglichst klar formulierte Listen dieser drei Kompetenzarten aufgenommen werden.

a) Ausschließliche Unionskompetenzen

z. B. Zollunion....¹

Die Zahl der ausschließlichen Unionskompetenzen dürfte nach verbreiteter Auffassung sehr klein sein.

b) Geteilte Kompetenzen

z. B. Verkehrspolitik

In dieser Liste dürfte sich die große Mehrzahl der Kompetenzen befinden. Hier verfügen sowohl die Union als auch die Mitgliedstaaten über Zuständigkeiten. Soweit und solange die Union nach näherer Maßgabe des Vertrages ihre Kompetenz wahrnimmt, tritt diejenige der Mitgliedstaaten zurück. Die Union kann die geteilten Kompetenzen nur in den Grenzen des Subsidiaritäts- und des Proportionalitätsprinzips wahrnehmen (unten III. 1-2).

c) Ergänzende Kompetenzen

z. B. Gesundheit.....

In diese Kompetenzen der Mitgliedstaaten kann die Union nicht mit den eigentlichen Rechtsakten (Unionsgesetz, Unions-Rahmengesetz, Entscheidung) eingreifen, sondern nach Maßgabe des Vertrages lediglich mit „weichem“ Vorgehen wie Koordinierung oder finanzieller Förderung.

Soweit notwendig und möglich sollte diese Darstellung der Kompetenzen, die auf der Grundlage der bestehenden Verträge erfolgt, mit einer Überprüfung im Einzelfall verbunden werden. Dabei könnte insbesondere auch die Kompetenzrechtsprechung des Gerichtshofes - z. B. bei der Zuständigkeit für den Binnenmarkt -berücksichtigt werden.

3.Ort der Handlungsinstrumente der Union innerhalb des Verfassungsvertrages?

Schließlich stellt sich die besonders schwierige Frage, an welcher Stelle des Vertrages die Instrumente benannt werden sollen, mittels deren die Union ihre Kompetenzen in Anspruch nimmt. Gemäß dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung handelt die Union wie bisher mit den Instrumenten, die ihr im Verträge für den betreffenden Sachbereich zur Verfügung gestellt

¹ Da es hier um das „Gerüst“ des Verfassungsvertrages geht, werden die Listen nicht näher aufgeführt. Es liegen dazu verschiedene Vorschläge vor, beispielsweise für die ausschließlichen Unionskompetenzen Art. 67 des EVP-Verfassungsentwurfs. Ein Konsens im Konvent über die Listen erscheint möglich.

werden (z. B. mittels Unionsgesetz in der Zollunion, mit Unionsgesetzen und Unions-Rahmengesetzen bei der Verkehrspolitik oder mit finanzieller Förderung im Gesundheitsbereich usw.).

Für die Positionierung der jeweils zulässigen Handlungsinstrumente der Union im Verfassungsvertrag gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

- Aufzählung im eigentlichen Verfassungsvertrag bei der Erwähnung der entsprechenden Sachpolitiken in den Listen der Kompetenzarten oder
- Aufzählung in den Protokollen zum Verfassungsvertrag oder in einem Zweitvertrag bei der dortigen Ausformulierung der Sachpolitiken.

Für die erste Möglichkeit spricht die bessere Übersichtlichkeit der Regelung. Jedoch müssen die in den Listen der Kompetenzarten grundsätzlich benannten Sachpolitiken (z. B. Agrarpolitik) näher ausdifferenziert werden (z. B. Agrar-Marktpolitik und Agrar-Strukturpolitik). Dabei werden die Handlungsinstrumente entsprechend variiert werden müssen. Daher wird es sich wahrscheinlich nicht vermeiden lassen, die konkreten Handlungsinstrumente - je nach eingeschlagenem Weg - erst in den Protokollen oder in einem „Zweitvertrag“ zu benennen.

III. Die Prinzipien der Kompetenzausübung

Soweit die Union über eine Kompetenz verfügt, muss sie diese gemäß den bekannten Kompetenzausübungsprinzipien der Subsidiarität und der Proportionalität ausüben. Außerdem müssen Regelungen für das Verhältnis qualitativ unterschiedlicher Kompetenzen getroffen werden. Schließlich bedarf es einer Regelung über die Hierarchie bei dem unterschiedlich intensiven Vorgehen der Union.

1. Subsidiarität

Das Subsidiaritätsprinzip ist heute in Art. 5 Abs. 2 EG-Vertrag und in dem entsprechenden Protokoll zum Vertrag geregelt. Das Prinzip muss in den Verfassungsvertrag übernommen werden. Zur Subsidiarität hat die Arbeitsgruppe „Subsidiarität“ des Konvents in ihrem Abschlußbericht Vorschläge gemacht. Dabei ist der stark politische Charakter des Prinzips in seiner gegenwärtigen Fassung hervorgehoben worden. Zur besseren Handhabung und Kontrolle sollte der heutige Wortlaut des Subsidiaritätsprinzips präzisiert werden. Art. 69 des EVP-Verfassungsentwurfs enthält hierfür einen ersten bedenkenswerten Ansatz.

2. Proportionalität

Nach weit verbreiteter Auffassung im Konvent ist das wichtige Proportionalitätsprinzip in der heutigen Fassung des Art. 5 Abs. 3 EG-Vertrag befriedigend ausgestaltet und sollte unverändert in den Verfassungsvertrag übernommen werden.

3. Regelung des Verhältnisses zwischen „funktionalen“ und „sektoriellen“ Kompetenzen - Querschnittklauseln

In den Mitgliedstaaten gibt es seit längerem starke Unzufriedenheit über zunehmende „schleichende“ Kompetenzerweiterungen der Gemeinschaft. Die Laeken-Erklärung hat die Aufmerksamkeit des Konvents ebenfalls hierauf gerichtet. Vor allem wird die Praxis der Gemeinschaft kritisiert, sogenannte „funktionale“ Kompetenzen wie zur Binnenmarkt-Rechtsangleichung oder in Anwendung des Wettbewerbsgedankens und der Gemeinschaftsgrundrechte dazu zu verwenden, in Sachgebieten wie beispielsweise Gesundheit oder Umwelt die dort begrenzten „sektoriellen“ Zuständigkeiten der Gemeinschaft zu überspielen und Regelungen zu treffen, die unnötig tief in die nationale, regionale und sogar kommunale Rechtssphäre eingreifen. Ein bekanntes Beispiel der jüngeren Zeit ist der Versuch, mit Hilfe der Binnenmarkt-Rechtsangleichung eine harmonisierte EG-Gesundheitspolitik zu betreiben, obwohl der Vertrag dies ausdrücklich verbietet. Hieraus entstehen immer wieder Streitigkeiten, die dem Ansehen der Union in den Mitgliedstaaten und bei den Bürgern schaden.

Im Verfassungsvertrag sollte daher eine Regelung zur Klärung des Verhältnisses zwischen funktionalen und sektoriellen Kompetenzen getroffen werden. Eine Möglichkeit besteht in der präziseren Definition der funktionalen Kompetenzen wie bei Art. 95 EG-Vertrag, um die erwähnten Missbräuche künftig auszuschließen. In der Arbeitsgruppe „Ergänzende Kompetenzen“ und im EVP-Diskussionspapier werden hierzu Vorschläge entwickelt, die bei der Gestaltung des Verfassungsvertrages aufgegriffen werden sollten.

Ebenso sollte der Verfassungsvertrag sicherstellen, dass die sogenannten „Querschnittklauseln“ (beispielsweise das Mitbedenken kultureller Aspekte bei der Tätigkeit der Gemeinschaft nach Art. 151 Abs. 4 EGV) keine eigene Rechtsgrundlage für Kompetenzen der Union in solchen „Querschnittbereichen“ darstellen.

4. Beachtung einer Hierarchie bei unterschiedlich intensivem Vorgehen der Union

Der Verfassungsvertrag wird die bekannten Instrumente zum Erlass von Rechtsakten der Union enthalten (vor allem Unionsgesetz, Unions-Rahmengesetz, Entscheidung). Mit ihrer Hilfe und mit anderen Instrumenten kann die Union unterschiedlich intensiv mit verschiedenen Methoden (Regulierung, Harmonisierung, gegenseitige Anerkennung, verbindliche oder „offene“ Koordinierung, finanzielle Förderung und anderes mehr) gegenüber den Mitgliedstaaten verbindlich oder „weicher“ vorgehen. Diese Methoden und ihre Reihenfolge sollten in den Verfassungsvertrag aufgenommen werden.

Der Verfassungsvertrag sollte weiter sicherstellen, dass diese gegenwärtig von der Gemeinschaft ganz unübersichtlich praktizierten Handlungsmethoden in der Intensität ihres Eingriffs in die mitgliedstaatliche Sphäre im Sinne des Proportionalitätsprinzips abgestuft gehandhabt werden müssen.

Bei der seit Lissabon 2000 entwickelten „offenen Koordinierung“ der Mitgliedstaaten in Bereichen außerhalb der Unionskompetenz muss der Verfassungsvertrag klarstellen, dass insoweit das Prinzip der begrenzten Einzelzuständigkeit gilt. Offene Koordinierung beschränkt sich daher auf Informations- und Erfahrungsaustausch mit Blick auf „best practices“ (benchmarking).

IV. Politische und gerichtliche Kompetenzkontrolle

Die Arbeitsgruppe „Subsidiarität“ hat in ihrem Abschlußbericht begrüßenswerte Vorschläge zur Verbesserung der Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips auf der politischen und auf der justiziellen Ebene gemacht. Die politische Kontrolle während des Gesetzgebungsprozesses soll insbesondere durch ein „early warning system“ verbessert werden, in das die nationalen Parlamente (einschließlich ihrer zweiten Kammern) und der Ausschuss der Regionen eingeschaltet werden. Ferner soll die juristische Kontrolle durch den Gerichtshof nach Inkrafttreten des Rechtsaktes durch Klagerechte der nationalen Parlamente und des Ausschusses der Regionen gestärkt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen wäre die Vergabe dieser Rechte an diejenigen Regionen, die nach nationalem Recht über Gesetzgebungsbefugnisse verfügen, wohl ebenso wichtig wie die Einschaltung des Ausschusses der Regionen. Im Verfassungsvertrag sollte darauf geachtet werden, dass diese erweiterten Formen gerichtlicher Kompetenzkontrolle sich nicht nur auf das Subsidiaritätsprinzip beziehen, sondern ebenso auf die Proportionalität und vor allem auf das Prinzip der begrenzten Einzelzuständigkeit der Union. Der Lamassoure-Bericht und ihm folgend der Diskussionsentwurf der EVP-Gruppe (Art. 130) haben überzeugend dargelegt, dass diese Kompetenzkontrolle nach dem Vorbild des französischen Conseil Constitutionnel am wirksamsten durch eine kurzfristige ex-ante-Kontrolle seitens des Gerichtshofes zwischen Verabschiedung und Inkrafttreten des Rechtsaktes gestaltet werden könnte.

Aus der Sicht von Mitgliedstaaten und ihrer Regionen (in Deutschland der Länder) ist die Verankerung einer effektiven Kompetenzkontrolle ein besonders wichtiger Bestandteil der Kompetenzordnung des künftigen Verfassungsvertrages.

V. „Arrondierung“ vorhandener Unionskompetenzen und Rücknahme von Kompetenzausübungen (bisher Art. 308 EGV)

Im Konvent ist die Notwendigkeit der Übernahme der „Kompetenzabrundungsklausel“ des Art. 308 EG-Vertrag in den künftigen Verfassungsvertrag umstritten. Teilweise wird die Auffassung vertreten, dass bei einer überzeugenden Kompetenzordnung eine solche Ergänzungsklausel entbehrlich wird. Eine Mehrheit vertritt dagegen die Auffassung, auch in Zukunft werde es Fälle geben, bei denen eine gewisse Flexibilität der Kompetenzanwendung im Interesse der Integration wünschenswert sei.

Falls eine dem Art. 308 EG-Vertrag entsprechende Regelung in den Verfassungsvertrag aufgenommen werden sollte, erscheint eine Revision des Artikels unter zwei Gesichtspunkten erforderlich.

- Zum einen müsste der reformierte Art. 308 unzweideutig erkennen lassen, dass er kein Instrument zur Erweiterung der Unionskompetenzen mit Blick auf den eventuellen „Aufgabenkatalog“ (oben II. 1.) darstellt, sondern lediglich der „Arrondierung“ bereits existierender Unionszuständigkeiten im Sinne der „Kompetenzlisten“ (oben II.2.) dient.
- Zum anderen haben die Laeken-Erklärung und auch Präsident Prodi in seiner Rede bei der Eröffnung des Konvents am 28. Februar 2002 anerkannt, dass es nach den langen Jahrzehnten der Gemeinschaftsgeschichte Regelungen des sekundären Gemeinschaftsrechts geben kann, die sich nicht bewährt haben oder überlebt sind. Artikel 308 sollte für den Verfassungsvertrag daher auch in dem Sinne reformiert werden, dass er nicht nur als „Einbahnstraße“ zugunsten verstärkter Unionskompetenzen dienen kann, sondern ebenso in der Gegenrichtung einer vereinfachten Aufhebung entbehrlichen Gemeinschaftsrechts („Zweibahnstraße“). In beiden Fällen sollte die einstimmige Beschlussfassung im Rat weiterhin vorgesehen werden.

C. Durchführung des Unionsrechts

Im Verfassungsvertrag sollte der allgemein anerkannte Grundsatz ausdrücklich niedergelegt werden, dass die Durchführung des Unionsrechts grundsätzlich Angelegenheit der Mitgliedstaaten bleibt. Soweit vertraglich ausnahmsweise Durchführungsmaßnahmen durch die Union vorgesehen sind (beispielsweise im Wettbewerbsrecht), obliegen diese in erster Linie der Kommission in ihrer Eigenschaft als Exekutive der Union. Ebenso sollte die Kommission wie bisher gemeinsam mit dem Gerichtshof ihre Aufgabe als „Hüterin der Verträge“ wahrnehmen. Hierzu gehört die Respektierung der im Verfassungsvertrag getroffenen Ordnung der Kompetenzen zwischen Union und Mitgliedstaaten. Art. 102 des EVP-Verfassungsentwurfes enthält für die exekutive und beaufsichtigende Aufgabe der Kommission begrüßenswerte Formulierungen.

Abschlussbemerkung

Die Erklärung von Nizza zur Zukunft der Union und die Laeken-Erklärung sehen in einer allseits zufrieden stellenden Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten eine besonders wichtige Aufgabe des Konvents. Ebenso hat der deutsche Bundesrat, den ich im Konvent vertrete, den Kompetenzfragen in seinen Beschlüssen vom 20. Dezember 2001 und 12. Juli 2002 spezielle Aufmerksamkeit geschenkt. Falls er sich eines Tages mit dem Projekt eines Verfassungsvertrages für die zukünftige große Union von 25 und mehr Mitgliedstaaten zu befassen hat, wird eine zukunftsweisende Kompetenzordnung ein entscheidender Prüfstein für den Bundesrat sein.

Vor allem dient eine Verteilung und Handhabung der Zuständigkeiten, bei der sich die Union auf die wirklich „europäisch“ notwendigen Entscheidungen beschränkt, der Bürgernähe der Union, welche Art. 1 Abs. 2 EU-Vertrag bereits heute einfordert.
